

Adressendient

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibundstr. 3

66. Jahrgang

Berlin, den 11. August 1928

Nummer 64

Zum Verfassungstag, am 11. August

Die Zahl derjenigen Volksgenossen, die trotz des schmachvollen Zusammenbruchs des alten Willkürstaats am 9. November 1918 noch immer in der erblichen Monarchie die zweckdienlichste und förderlichste Regierungsform für das Wohlergehen aller Volksteile erblickten, und demgemäß die Republik und das Verfassungswerk von Weimar herniederziehen und verächtlich machen, ist weit größer als man eigentlich annehmen sollte. Auf die neue Staatsform und ihre Verfassung glauben jene Volksteile alles Leid und Ungemach der Nachkriegszeit zurückführen zu müssen. Sie denken gar nicht daran, daß es die früheren Kronenträger von Gottes Gnaden waren, die das deutsche Volk leichtfertig ins tiefste Elend geführt haben, sondern sie verdächtigen und schmähen ausgerechnet diejenigen Männer, deren Mut und Tatkraft es allein zu danken ist, daß sich Deutschland aus dem Schutthaufen des Kaiserturns wieder herausgearbeitet vermochte zu Ansehen und Weltgeltung.

Wenn es noch eines Gradmessers bedurft hätte für die grimmige Feindschaft gewisser Volksteile gegen Republik und Verfassung, dann konnte man ihn erkennen an der unverschämten Freude, die in der reaktionären Presse aller Schattierungen über das Nichtzustandekommen des gesegneten Nationalfeiertages am 11. August zum Ausdruck kam. Zeit gewonnen alles gewonnen, lagen sich die spekulativen Reaktionen und ihre faschistischen Helfershelfer. Sie rechnen dabei auf die Bergeglücklichkeit und Gleichgültigkeit der meisten Menschen und fahren fort, ihnen immer von neuem in die Ohren zu blasen, daß die Republik weder Privateigentum noch Unternehmerrechte achte und außerdem für Kultur, Religion und alles mögliche sonst noch eine große Gefahr bedeute. Aus der politischen Indifferenz breiter Volksschichten zieht die kapitalistische Reaktion noch immer ihre besten Ernten. Leider wird ihr dabei kräftige Unterstützung zuteil durch die blindwütige Oppositionspolitik der Kommunisten, die sich wie bei vielen andern Gelegenheiten so auch bei der Abwürgung des Nationalfeiertages einen Judaslohn verdienen. Hand in Hand mit dieser Politik geht eine beispiellose Verhöhnung innerhalb der Arbeiterschaft, die schließlich ebenfalls der Reaktion zum Nutzen gereicht. Sicherlich wäre es der Reaktion höchst erwünscht, wenn die werktätigen Volksmassen, dem Gedanken der Republik und ihrer Verfassung entfremdet, völlig gleichgültig abseits ständen.

Angesichts dieser Sachlage aber müssen sich gerade die Gewerkschaften als Pflichten gegenüber dem gesunden Menschenverstande erweisen — bekanntlich das Revolutionärste, was es gibt — und an ihrem Teile dazu beitragen, daß alle selbständig Denkenden in ihren Reihen um so entschlossener den Volksstaat verteidigen, ihre ganze politische Kraft in seinen Dienst stellen. Es gilt, einmal darüber nachzudenken, ob denn wirklich einer diktatorischen Gewaltpolitik, wie sie von faschistischer und kommunistischer Seite betrieben wird, schöpferische Kräfte innewohnen, oder ob nicht unter gewalttätigen Aktionen gegen die demokratische Republik, wie sie von rechts und links propagiert werden, die organisierte Arbeiterschaft am empfindlichsten zu leiden haben würde. Gewiß bietet der Tag, an dem vor neun Jahren Friedrich Ebert als erster Präsident der Deutschen Republik das Verfassungswerk von Weimar unterzeichnete, für die Arbeiterschaft keinen Anlaß zu lautem Jubel. Dazu haben noch zu wenige Verfassungsverpflichtungen praktische Verwirklichung gefunden. Immerhin aber ist der 11. August ein Tag des Gedankens, ein Tag von historischer Bedeutung in der politischen und geistigen Entwicklungsgeschichte

Deutschlands. Vergessen wir nicht, daß es ohne die Männer, die sich in schicksalsschwerer Zeit in vorderster Linie für das Zustandekommen des Werkes von Weimar einsetzten, wohl kaum gelungen wäre, die politische Selbständigkeit Deutschlands zu erhalten und somit die deutsche Wirtschaft vor noch weitergehenden Zugriffen des westeuropäischen Kapitalismus zu bewahren! Diese Tat umgebogener Lebenswillens lag nicht in letzter Linie im wohlverstandenen Interesse der deutschen Arbeiterbewegung.

Im Vergleich mit früheren Zuständen in der Monarchie stellt die volksstaatliche Verfassung inhaltlich einen unbestreitbar großen Fortschritt dar. Dem Volke, das in dieser Verfassung seinem politischen Willen Ausdruck verlieh, ist zugleich auch das höchste Recht vorbehalten geblieben. Das kommt zum Ausdruck in Artikel 1, in dem es heißt: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das Volk wählt seine parlamentarische Vertretung, den Reichstag, dem die Kontrolle der gesamten Rechtsgeschäfte obliegt, dessen Vertrauen die Voraussetzungen bildet für die Amtsführung des Reichskanzlers und der Reichsminister. Reichspräsident, Kanzler und Minister können vom Reichstag in Anklagezustand versetzt werden wegen schuldhafter Verletzung der Reichsverfassung oder eines Reichsgesetzes. Der Reichstag verabschiedet nicht bloß von der Regierung vorgelegte Gesetze, sondern er kann solche selbst einbringen und beschließen; er beaufsichtigt dauernd die Reichsverwaltung. Ferner schuf die republikanische Verfassung die politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern, sie hob alle öffentlich-rechtlichen Vorrechte der Geburt oder des Standes auf, ebenso die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen durch den Staat, und sie bestimmt, daß jeder Deutsche in jedem Lande des Reiches die gleichen Rechte und Pflichten hat, wie die Angehörigen des betreffenden Landes selbst. Die Jugend stellt die Verfassung unter den besonderen Schutz des Staates und im übrigen garantiert sie volle Glaubens- und Gewissensfreiheit wie Vereinigungs- und Versammlungsrecht.

Von besonderer Bedeutung aber ist der fünfte Abschnitt der Verfassung, der das Wirtschaftsleben behandelt. Artikel 151 besagt: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundfätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.“ Im Artikel 156 sind die großen Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus niedergelegt, deren schrittweise Erfüllung dem aufmerksamen Beobachter nicht verborgen bleibt. Der Artikel gibt dem Reiche die Möglichkeit, zur Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum zu überführen und sich selbst, Länder oder Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände zu beteiligen oder sich darin in anderer Weise bestimmenden Einfluß zu sichern. Das Reich kann ferner durch Gesetz zum Zwecke der Gemeinwirtschaft wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammen-schließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundfätzen zu regeln. In engstem Zusammenhange damit steht die Bestimmung des Artikels 155, wonach alle Boden-

stücke und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte unter Staatsaufsicht zu stellen und private Regale auf den Staat zu übertragen sind. Der Artikel 157 stellt die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches, das ein einheitliches Arbeitsrecht schafft. Nach Artikel 163 soll jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Der Artikel 165 sieht die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten neben den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte vor. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Zum Zwecke der Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen erhalten Arbeiter und Angestellte gesetzliche Vertretungen.

Wie schon gesagt, harret vieles von dem in der Reichsverfassung Versprochenen noch seiner Erfüllung auf dem Wege praktischer Gesetzgebung. In der Hauptsache deshalb, weil der größte Teil der werktätigen Volksschichten von ihrem vornehmsten Staatsbürgerrecht seinen zweckentsprechenden Gebrauch machte, sondern im Laufe der Jahre direkt oder indirekt Reichsregierungen in den Sattel verhalf, die keine Spur von dem sozialen Geist verspürten ließen, der in der Reichsverfassung seinen Niederschlag gefunden hat, die vielmehr nur den Einküsterungen der Industriegehaltigen ihr Ohr liehen. Dazu kommt noch, daß es in der deutschen Arbeiterbewegung leider an einer Einheitsfront fehlt, die zur nachhaltigen Beeinflussung der wirtschaftspolitischen Entwicklung, wie sie in der Verfassung unsres Volksstaates vorgezeichnet ist, unbedingt notwendig wäre. Es ist himmeltraurig, daß es zur wirtschafts- und sozialpolitischen Interessenwahrnehmung der arbeitenden Stände im Sinne der Verfassung an jener wichtigen Voraussetzung mangelt. Der kapitalistischen Reaktion wird dadurch immer von neuem in die Hände gearbeitet.

Insofern ist der Verfassungstag auch ein Tag der Selbstbestimmung und der Rechenschaftspflicht. Es hat wenig Sinn, die Schuld dafür, daß in wirtschafts- und sozialpolitischer Beziehung im deutschen Volksstaat noch nicht mehr erreicht worden ist, immer nur bei den „andern“ zu suchen, sondern jeder Volksgenosse sollte am Verfassungstage sich selbst die Frage vorlegen, ob er für den sozialen Ausbau des neuen Staates die gleiche Aktivität entwickelt hat, die er von den „andern“ gebieterisch verlangt, oder ob er es persönlich nicht auch an politischem Sinn und politischem Verantwortungsbewußtsein hat fehlen lassen, so daß es der Reaktion erleichtert wurde, den Volksstaat ihren Zwecken nutzbar zu machen.

Gegen die Gewohnheit, gegen das ewig Gestrige sozialer Unterdrückung zu kämpfen, das muß die führende, lebenbestimmende Tat aller Freunde der jungen deutschen Republik und ihrer auf dem Grundsaß der Volkssouveränität beruhenden Verfassung sein. Je entschlossener sich der einzelne für den Volksstaat einsetzt, desto leichter wird es sein, zu neuen Ufern vorzubringen. Es war der Schrei nach dem Leben, nach Wiedererneuerung, der unser Volk in den Novembertagen 1918 besetzte und ihm die Kraft gab, die alten Fesseln abzutreiben und selber seines Schicksals Schmied zu werden. Nie wieder sollen Gewalten über uns herrschen, die zerstörenden Kräften Vorstoß leisten. Nie und in keiner Form. Nur der freie Wille des deutschen Volkes sei höchstes Gebot!

Daten zur Verfassungsgeschichte

Schon in der zweiten Hälfte des Westkrieges wurde im deutschen Volke der Wunsch immer dringender, die Volksvertretung mit größeren Rechten ausgestattet zu sehen. Dem trug die sogenannte Osterhoffschaff des Kaisers vom 7. April 1817 bereits in gewissem Grade Rechnung. Die beiden Reichsgesetze vom 28. Oktober 1818 brachten dann die Parlamentarisierung des Regierungssystems und die Erweiterung der Zuständigkeit des Reichstages.

Nach dem Zusammenbrüche des deutschen Kaiserreichs im November 1918 ging die gesamte politische Gewalt sowohl im Reich als auch in den Bundesstaaten in die Hände von Arbeiter- und Soldatenräten über. Die Abtötung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen erfolgten am 9. November 1918.

Die Regierung wurde durch den „Rat der Volksbeauftragten“, der aus sechs Mitgliedern bestand, gebildet. Der Volksgangauschuss der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins betrachtete sich als Kontrollorgan dieser Regierung.

Am 12. November 1918 kündete der Rat der Volksbeauftragten in einem Aufruf die Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung an. Eine zum 25. November 1918 nach Berlin einberufene Konferenz der einzelstaatlichen Regierungen sprach sich ebenfalls für die Wahl einer Nationalversammlung aus. Durch eine Verordnung vom 30. November 1918 schrieb dann der Rat der Volksbeauftragten die Wahl für die „Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung“ aus und gab gleichzeitig die Wahlordnung bekannt.

Am 16. Dezember 1918 billigte die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, eine Delegiertenversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung.

Am 19. Januar 1919 wurde die Nationalversammlung gewählt. Am 6. Februar 1919 trat sie in Weimar zusammen.

Am 10. Februar 1919 verabschiedete sie ein Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt.

Am 21. Februar 1919 legte die Reichsregierung der Nationalversammlung den Entwurf einer Reichsverfassung vor. Dieser Entwurf, den Professor Dr. Hugo Preuß geschaffen hatte, war nach einer vom Staatenausschuss vorgenommenen Umarbeitung von diesem gebilligt worden. (Der Staatenausschuss war durch das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt neu konstituiert und entsprach etwa dem jetzigen Reichsrat.) Nach der ersten Lesung in der Nationalversammlung wurde der Entwurf an einen besonders gebildeten Verfassungsausschuss verwiesen, der unter Leitung des Abgeordneten Hauptmann in 42 Sitzungen den Entwurf stark umarbeitete und systematisch neu aufgliederte. Dann ging der Entwurf an das Plenum der Nationalversammlung zurück und wurde, hier, eingehend durchberaten. Am 31. Juli 1919 wurde das Weimarer Verfassungswort in dritter Lesung mit 202 gegen 75 Stimmen angenommen. Am 11. August 1919 wurde die Verfassung vom ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert ausgerufen. Damit hatte sich die Deutsche Republik auf gesetzmäßiger Grundlage konstituiert. Freistaatliche Verfassungen besitzen seit 1919 auch in sämtlichen 17 deutschen Ländern.

Staatsverfassung und Kulturbegriff

Die republikanische Staatsverfassung ist dem deutschen Volke übergeben worden wie ein Kleid. Wir haben sie nicht ertrogen, sondern sie ist uns als eine Überraschung zugefallen, weil die alten Machthaber davonliefen. Sie wurde von vielen nur als Rettung ergriffen, weil die alte Ordnung zusammenbrach. Deswegen waren wir innerlich nicht eingestellt auf das, was wir an äußerer Form unsres Staatslebens schufen. Diese Unausgeglichenheit erklärt viele Schwierigkeiten, die fast zwangsläufig daraus erwachsen.

Soll die Staatsform sich auf die Dauer bewähren, so muß sie zur Lebensform für uns werden. Das heißt, wir müssen uns innerlich darauf einstellen, nicht für die Demokratie und allgemeines Wahlrecht schwärmen, sondern die Grundgedanken dieser Politik in alle gesellschaftlichen Beziehungen übertragen. Das bald scherzhaft, bald ironisch gebrauchte Wort von der deutschen Republik ohne Republikaner hat einen viel tieferen Sinn, als den meisten Spöttern oder Verteidigern bewußt wird. Die Zahl der wirklichen Republikaner ist tatsächlich gering, wenn man darunter Menschen versteht, die nicht nur die heutige Staatsform für richtig oder notwendig halten, sie bejahen und dafür zu kämpfen bereit sind, sondern die darüber hinaus den Grundgedanken dieser Verfassung als ihr Lebenselement fassen und ihre Kraft dafür einsehen, ihn zum allgemeinen Gesellschaftselement zu machen.

Dieser Grundgedanke ist die Anerkennung der Volksgemeinschaft als Grund, Mittel und Zweck alles sozialen Geschehens. Politisch ist das anerkannt, wenigstens formal: Die Gesamtheit der 40 Millionen erwachsener Volksgenossen ist auf dem Wege parlamentarischer Wahl und Vertretung alle Macht aus; bestimmt ihr Schicksal selbst. Innerhalb dieser Gesamtheit und Wachsausbildung herrscht formale Gleichberechtigung. Das Gesetz gibt jedem gleiches, beschließendes Maß des Einflusses. Nach seinem Können und Willen mag jeder diesen Einfluß steigern, sich vordrängen... um mit seinen stärkeren Kräften den andern um so besser dienen zu können. Das Vordrängen sehen wir, den sozialen Zweck des Dienens viel weniger. Aber wo, außer der Politik, ist auch nur diese äußere Gleichheit aller, diese Anerkennung der Millionen als entscheidender, richtunggebender Faktor?

Und doch ist zweifellos eine Übereinstimmung der übrigen Lebensformen mit der politischen nötig, wenn die Staatsverfassung mehr als ein äußeres Kleid, wenn sie lebendig und lebensfähig sein soll. Darum ist die wichtigste politische Arbeit heute die Volkserziehung.

Das Vorgefagte soll verdeutlicht werden an dem wichtigsten Sonderfalle, am Kulturbegriffe. Dieser ist heute noch durchaus aristokratisch, wie zur Zeit der Antike, als die Hälfte der Bevölkerung gar nicht als Bürger und Menschen zählten, sondern als Sklaven dem Haustiere gleichgestellt wurden, wie zur Zeit der Renaissance, des Sonnenkönigs, wo eine kleine Minderheit sich als Verkörperung des Staates und der Kultur fühlte, wie zur Zeit unsrer Klassiker, wobei wundervolle, harmonische Bürgerkultur von Weimar und Jena die Sache von einigen tausend Deutschen war, während den Millionen der hörigen Landbevölkerung die Namen Goethe, Schiller, Herder, Wieland meist unbekannt, sonst höchstens Namen waren. Spengler, der in seinem

Deutsche Republik!

Wir fürchten die Besten nicht, die sich spotten,
Und keinen Laß schänden in Gasschheit und Verrot.
Aemselige sie, die noch hungern nach dem kläglichen
Mahl der Vergangenheit
Und nicht sehen wollen den Aufmarsch des Heute!
Wo doch ein Volk, fast verbrannt in den Feuern des
Todes, aufstand
Und wieder den Arm hoch gegen die Sonne.
Millionen Stimmen schreien zuhause, ein Wind schwören-
der Aufe,
Mutigen Sinnes, gefammelt, eine unendliche Schaar mit
gepanzertem Herz in den Fahnen:
Die zugetan, o Fort und Heimat, Deutsche Republik!

Wie alle lieben das Fundament, grundgelegt von den
Vätern,
Und die Jungen tun, was zu tun ist,
Heben Stein um Stein, Tag für Tag,
Jammere höher hinauf in den Himmel.

Ein aufstrebender Wunsch, schon betropft von den Metallen
der Sterne.
Ein trotziger Turm, inmitten des singenden Waldes unferer
Leiber,
Und heute wie immerdar, umrauscht von den Tzommeln
der Freude.

Berlin. Walter G. Schlemml

„Untergange des Abendlandes“ es geradezu als Charakteristikum europäischer Kultur hinstellt, daß sie immer exklusiver wird, ist der schroffste Ausdruck dieser aristokratischen Anschauung: Ein paar Duzend Namen dienen ihm immer wieder als Maßstab zur Vergleichen unsrer Zeit mit der Vorzeit, unsres Volkes mit andern. Von der Mathematik unsrer Zeit behauptet er, daß kaum ein Duzend Menschen sie kennen und verstehen. Trotzdem ist diese höchste Mathematik ihm die Mathematik des 20. Jahrhunderts.

Eine solche Auffassung steht in tristem Widerspruch zu unsrer Staatsverfassung und ihrer Ideengrundlage. Solange sie herrscht, solange man in einem Volke nur den Umweg zu einigen großen Männern sieht, solange ist die demokratische Verfassung eine Anechtheit, die nicht lebensfähig sein wird.

Dem wird auch nicht abgeholfen durch die mannigfachen verdienstlichen Leistungen der Volkskulturbestrebungen, deren wichtigste die allgemeine Schulpflicht ist. Man prüfe einmal die bewegenden Gedanken, die allen den sozialen Einrichtungen zugrunde liegen, um den Massen Bildung und edlen Genuß, Bücher, Theater, Konzerte, wissenschaftliche Vorträge usw. zu bringen. Man wird immer wieder herausgehört, daß den Massen Anteil an der Kultur gegeben, daß ihnen die Kultur nahegebracht werden soll. Also auch hier die überleieferte Anschauung, daß die „Kultur“ etwas außerhalb der Volksmassen Vorhandenes, etwas von ihnen Unabhängiges sei. Eine unbewußte Unterstützung der Exklusivität der Kultur als einer Angelegenheit der Elite von „Kulturträgern“, die aus dem Borne ihrer Fülle den Volksgenossen spenden.

Demgegenüber muß mit aller Schärfe der Gegensatz formuliert werden. Das Gebären, Leisten und Genießen dieser dünnen Oberschicht ist ihre Privatangelegenheit und darf nicht verwechselt werden mit der deutschen Kultur, die eine Volksangelegenheit ist. Für den Kulturbegriff wie für den Staatsbegriff ist die Gesamtheit der 40 Millionen Menschen maßgebend, die innerhalb der Reichsgrenzen wohnen. Oder, da Kultur sich nicht unbedingt an staatliche Grenzen bindet, müssen wir auch noch die 20 Millionen dazu nehmen, die außerhalb der Grenzen in deutscher Sprache denken und reden. Der Zustand dieser 80 Millionen ist der Zustand deutscher Kultur. Wie die „deutsche Wirtschaft“ die Gesamtlage des Volkes umfaßt, so umfaßt auch der Kulturbegriff die geistige, sittliche Lage der 80 Millionen. Man kann sie nicht zur „deutschen Kultur“ führen, denn sie selbst sind die

deutsche Kultur, geben ihren Stand an. Man kann diesen Gesamtstand heben, indem man die Massen zu Goethe führt oder zu Mozart, zu Rembrandt oder zu Kant. Damit hebt man nicht nur den Kulturstand des Volkes, sondern zugleich auch die Kulturbedeutung der Großen. Denn diese bestrebt nicht in ihrer Leistung an sich, sondern in der Wirkung dieser Leistung auf andre.

Die Missa solennis Beethovens war zunächst nur ein ungeheurer Tiefes, aber rein individuelles Erlebnis des Komponisten. Zum sozialen Faktor wurde sie erst durch die Ausführung, durch das Ergreifen und Erleben von tausend Herzen. Von der Zahl dieser Tausende und von der Tiefe ihres Erlebnisses hängt die Kulturbedeutung der Messe ab. Wären alle Menschen so taub, wie der Schöpfer es war, so wäre diese Bedeutung gering. Könnten wir 80 Millionen Menschen zum Hören und Verstehen der Messe bringen, dann erst wäre ihr Kulturwert ausgeschöpft.

Daraus erhellt leicht die Synthese in dem unnötigen Zwiepsall, was wichtiger sei: der große Einzelne oder die Masse. Eines ist so unentbehrlich wie das andre. Kulturforschritte werden stets von einzelnen gebracht. Aber den sozialen Wert erhält ihre Leistung erst durch ihre Wirkung auf die Masse. Wenigstens muß das unsre Ansicht sein, wenn wir von der Kultur eines Volkes sprechen, das sich eine demokratische Verfassung gegeben hat. Uns muß Kultur soziale Kultur im Sinne von Massenkultur bedeuten.

Daraus ergibt sich, daß unsre Zeit eine andre Kulturaufgabe hat als die Vergangenheit: nämlich ein Volk von 80 Millionen zum Kulturvolke zu machen. Unsrer Zeit erst hat die Voraussetzungen dafür geschaffen. Wir erst haben die Masse von 80 Millionen, die zu Goethes Zeit kaum ein Drittel davon ausmachte. Wir haben die technischen Mittel, mit Druck, Bild, Radio usw. das Schaffen unsrer Geistesgrößen vor Millionen Augen und Ohren zu bringen, in einer Vollenbung der Wiederbege, die tiefes Nachdenken und Genießen erlaubt. Wir haben mit der allgemeinen Schulpflicht die geistigen Voraussetzungen für die Aufnahme formaler Bildung geschaffen, die den Hunger nach Kultur ebenso weckt, wie den nach Sensation und andern, gefährlichen Kulturwidrigkeiten.

Schon aus diesen Möglichkeiten und der Gefahr ihres Mißbrauches erwächst uns die sittliche Pflicht der Volkskulturpflege. Sie erwächst uns noch unmittelbarer als politische Pflicht aus der Verfassung des Staates. Denn deren Voraussetzung ist ein hohes Maß geistiger und sittlicher Reife im Volke. Und ihre unvermeidliche Folgerung ist die Erkenntnis, daß in der Kultur wie in der Politik und Wirtschaft die Gesamtheit des Volkes das Maß aller Dinge ist. Diese Erkenntnis eröffnet uns die ungeheure Kulturaufgabe, die uns im Unterchiede von aller Vorzeit erwächst.

Zu ihrer Lösung brauchen wir die weitere Erkenntnis, daß im Geistigen wie im Wirtschaftlichen nicht die Produktion-entscheidend ist, sondern der Konsum. Dieser ist der Zweck jener „Kulturwerte“, die wir aus der Vergangenheit und Gegenwart haben, sind noch bei weitem nicht voll ausgenüht, weil sie noch nicht das Höchstmaß möglicher Wirkung erreicht haben. Diese Steigerung der Wirkung, vor allem nach der Breite, dann aber auch nach der Tiefe, ist das große Mittel einer sozialen Kultur. Wir werden vorausichtlich weder Goethe noch Beethoven noch Dürer überbieten. Aber wir können diese Großen, die heute schon zehnmal mehr bedeuten als je zu ihren Lebzeiten, noch hundertfach in ihrer Kulturbedeutung steigern, indem wir sie zum Gemeinbesitz von 80 Millionen Menschen machen. Damit geben wir zugleich den 80 Millionen eine Fülle des Genusses, des inneren Erlebens, der Bereicherung, die kulturell weit schwerer wiegt als die Neuschaffung von Kulturwerten, die dann ebenso wenig sich auswirken wie die alten. Kultur verbreiten ist auch Kultur schaffen!

Daraus ergibt sich weiter, daß es nicht auf „Werke“ ankommt, sondern auf Leben. Nicht nur das ist Kultur, was gemeinhel, gemalt, gebildet, gebaut und komponiert wird, sondern wichtiger als alles andre ist, daß das Leben des Volkes sich kulturgemäß gestaltet. Gerade hier obliegt uns eine gewaltige Aufgabe. Denn die Zivilisation ist in Widerspruch zur Kultur getreten. Se reicher wir zu werden meinen, desto ärmer werden wir. Und je mehr maschinelle Hilfsmittel wir erfinden, desto mehr lassen wir uns von ihnen quälen. Der größte Mangel unsrer Zeit ist, daß sie die Arbeit der Millionen ihres Sinnes und damit ihres Wertes beraubt hat. Was die Massen in Fabriken und Kontoren leisten an unselbständiger, sinnloser Teilarbeit, ist Lohnschufterei und sonst nichts. Dahinein wieder Sinn und damit Freude, Stolz auf die Leistung zu bringen, das ist die notwendigste und schwierigste Kulturaufgabe. Solange „Kultur“ Sonntagsvergünnen bleibt und der Alltag in Kulturwidrigkeit und damit in Freudlosigkeit verinkt, solange ist das Ziel des Volkstaates nicht erreicht, das nur in einem „Kulturvolke“ bestehen kann.

Daraus folgt weiter, daß zu den Kulturleistungen nicht nur die engen Gebiete von Kunst, Wissenschaft und Religion gehören, die man gemeinhin dazu rechnet, sondern alles, was von Bedeutung für das körperliche und geistige Befinden, für das Leben und Erleben der Millionen ist. Dazu gehören auch Staat und Wirtschaft. Der Staat sozialer Gerechtigkeit ist nicht nur eine Voraussetzung der Volkskultur, sondern auch ein wichtiges Stück ihrer Verwirklichung. Und damit schließt sich der Kreis, den wir durchschritten haben: die republikanische Staatsverfassung kann als Kulturwert sich erst dann ganz auswirken, wenn wir erkannt haben, daß Kultur der Zustand der Volksgemeinschaft ist und die kulturelle Aufgabe des Staates nur die Hebung dieser Volkskultur sein kann.

M i n n e n .

Dr. Heinz Rothoff

Die „Presse“ auf der Hälfte ihrer Dauer

Die Hälfte der für die „Presse“ vorgesehenen Zeit ist verstrichen. Es liegen also greifbare Ergebnisse vor, die es gestatten, einmal rückblickend Gewolltes und Erreichtes zu vergleichen. Selbst wenn man weiß, daß die „Presse“ im gesamten In- und Ausland ein Echo gefunden hat wie keine bisherige Ausstellung in Deutschland, so ist man doch durch die zahlenmäßige Befestigung überrascht.

Annähernd drei Millionen Besucher kann die Ausstellung seit der Eröffnung verzeichnen, das sind durchschnittlich 40 000 Besucher täglich. Eine Reihe von Tagen reicht weit über diesen Durchschnitt hinaus. Einige Zahlen geben eine Vorstellung von den Besuchermassen, die zur „Presse“ geströmt sind. Es wurden gezählt: am Pfingstsonntag rund 92 000 Besucher, am Pfingstmontag 69 000, am 3. Juni 80 000, am 24. Juni 75 000, am 1. Juli 70 000, am 8. Juli 85 000 Besucher. Besonders stark war der Besuch während des 14. Deutschen Turnfestes. Am 25. Juli waren 90 000 Besucher in der „Presse“, am 26. Juli 88 000, am 27. Juli 75 000 und am 28. Juli 85 000. Ein Rekord wurde erreicht am Sonntag, 29. Juli, mit 125 000 Besuchern. Fast man die Zahlen der letzten sechs Zultage zusammen, so ergibt sich für diese Zeit die wohl unerreichte Summe von einer halben Million Besuchern.

Dieses Bild wird vervollständigt durch die Zahl der in- und ausländischen Kongresse und Tagungen, die bisher in Verbindung mit der „Presse“ stattgefunden haben, und die zugleich Zeugnis dafür ablegen, wie hoch die Bedeutung der „Presse“ in allen Bevölkerungsgruppen eingeschätzt wird. Von den während der Dauer der „Presse“ vorgesehenen rund 300 Kongressen und Tagungen der verschiedensten Interessens-, Berufs- und Fachverbände sind bis zum 31. Juli 179 abgehalten worden.

Erwähnt werden können hier auch die Besuche hervorragender Persönlichkeiten, Politiker, Körperschaften usw., von denen deutscherseits der Besuch des Reichstages, des Preussischen Landtages und des Reichstages genannt sein mögen.

Nach diesen Angaben wird die stattliche Zahl der Sonderzüge, die aus allen Richtungen zur „Presse“ gefahren wurden, nicht mehr überraschen. Im Juni und Juli waren es allein 107, dazu kommen 167 Sonderzüge, die anlässlich des Deutschen Turnfestes nach Köln gefahren sind und, wie die Zahlen zeigen, der „Presse“ einen gewaltigen Besuch gebracht haben. Daß auch die Rheinschiffahrt sich besonders auf die „Presse“ eingestellt hat, geht daraus hervor, daß bis jetzt 74 Sonderdampfer zur „Presse“ gezählt werden konnten.

Der großen internationalen Beteiligung von 43 Auslandsstaaten an der „Presse“ entspricht der Besuch aus dem Ausland. Der Zustrom aus allen Staaten ist außerordentlich stark. In den Ausstellungen des Staatenhauses, bezichtigt das allgemeine Urteil, daß der Besuch aus den einzelnen ausstellenden Ländern, alle Erwartungen übertrifft. Die Angaben der einzelnen ausländischen Abteilungen, die sich auf Zählung der einzelnen Besucher aus ihren Ländern stützen, werden am besten bestätigt durch die Zahl der Reisevereine, die aus dem Ausland, die bisher zum Besuch der „Presse“ eingetroffen sind. Im ganzen waren es bis zum 31. Juli 148. Besonders stark war der Zustrom aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, auf die allein 58 Reisevereine entfallen. Aus England kamen 29, aus Holland 19, aus Frankreich 17 Reisevereine usw.

Wie beim Inland ist auch hier der Besuch hervorragender Persönlichkeiten der Politik, Wirtschaft, Presse usw. besonders bemerkenswert. Es genügt, auf den in den letzten Tagen erfolgten Besuch des französischen Unterrichtsministers Herriot hinzuweisen, um zu zeigen, welche Bedeutung gerade diesem Besuch einflußreicher und führender Männer des Auslandes beizumessen ist.

In diesem Zusammenhang darf auch der besonders zahlreiche Besuch von Vertretern der Presse aus dem In- und Ausland betont werden, denen die „Presse“ den starken Widerhall verdankt. Allein am Eröffnungstage der „Presse“ waren rund 400 deutsche und 150 ausländische Journalisten vertreten. Der durchschnittliche tägliche Besuch von Pressevertretern erreicht die stattliche Zahl von 70, wobei besondere Beachtung verdient, daß 25 Proz. aller Pressevertreter aus dem Ausland stammen.

Denkt man an die kulturellen Auswirkungen der „Presse“, so dürfen die zahlreichen Veranstaltungen künstlerischer Art nicht vergessen werden, die mit der „Presse“ verbunden sind. Es ist nicht möglich, die einzelnen Ereignisse, Veranstaltungen und Ergebnisse in ihrer vollen Bedeutung und Auswirkung zu würdigen. Die „Presse“ ist die Ausstellung für die Allgemeinheit geworden, die sie werden wollte. Damit ist die Grundbedingung erfüllt, daß diese Ausstellung und die mit ihr verbundenen kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen den Boden finden, der ihre breiteste Auswirkung ermöglicht.

Die zweite Hälfte der Ausstellungszeit wird sich dem glanzvollen Verlauf der ersten würdig anschließen. Auch an künstlerischen Veranstaltungen gleichen Ranges wie in der ersten Hälfte wird es nicht fehlen. So sind alle Voraussetzungen gegeben, daß die „Presse“ auch in der zweiten Hälfte alle Erwartungen erfüllt, die an sie geknüpft worden sind.

Die Literarische Abteilung der „Presse“ hat diesen Überblick über den bisherigen Verlauf der großen Ausstellung in Köln von 3. August datiert. Die zweite Zeithälfte der „Presse“ ist also bereits im Abrollen. Wenn man berücksichtigt, daß in der ersten Hälfte die Witterungsverhältnisse

überwiegend ungünstig waren und die Unfertigkeit auch der „Presse“ zunächst auf den Besuch einschränkend wirkte, so können sich die erreichten Besucherzahlen während der ersten Hälfte durchaus sehen lassen. Allerdings ist, wie vorauszuweisen war, das Deutsche Turnfest ein äußerst beliebender



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Richard Herrmann in Leipzig
Eingetreten: 10. August 1878 — Firma Hesse & Vecker



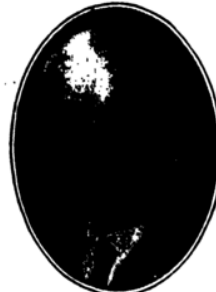
Otto Better in Leipzig
Eingetreten: 10. August 1878
Firma Fischer & Wittig



Adolf Schmidt in Leipzig
Eingetreten: 10. August 1878
Firma Fischer & Wittig



Hugo Walther in Leipzig
Eingetreten: 24. August 1878
Firma Räder



Fr. Emil Wille in Leipzig
Eingetreten: 24. August 1878
Firma Gelmanne & Trömel



Paul Derspich in Altenburg
Eingetreten: 26. August 1878
Jetzt Invalide



Otto Perling in Altenburg
Eingetreten: 10. August 1878
Jetzt Invalide



Faktor gewesen. In der weiteren Zeitdauer kehrt eine solche riesige Veranstaltung nicht wieder. Andererseits hat sich die „Presse“ nun allgemein eingelebten. Die meisten Besucher werden ihr nachwirkend freiwillige Propagandisten. Erfolgreich ist der starke Besuch aus dem Ausland; hier arbeitet der Rhein automatisch als Agitator mit. Die Internationale Presseausstellung in Köln hat also internationalen Charakter nach der Zahl der ausstellenden aus-

ländischen Staaten und Firmen wie auch nach den Besuchern aus aller Herren Länder in größtem Umfang. Auf jeden Fall ist der „Presse“ für ihre fernere Dauer besseres Wetter als in den letzten vierzehn Tagen zu wünschen, auch im Interesse aller von harter Arbeit Erholungsbedürftigen.

Über die „Presse“ selbst ist im „Korr.“ kaum noch etwas zu sagen. Zwanzig Aufsätze vor und sechzehn von der Eröffnung an ohne die ganz stattliche Anzahl von größeren oder kleineren Notizen ist jedenfalls an vorbereitender Information wie an auffälliger Beleuchtung von uns Buchdrucker naturgemäß außerordentlich interessierenden fertigen Ausstellungswertes recht viel. Man kann sagen, das Verbandsorgan der deutschen Buchdrucker liegt damit ganz vorn im Felde. Die „Presse“ bietet ja auch in geistiger Beziehung Außerordentliches. Die „Presse“ ist der Freiheit des gedruckten Wortes und der Förderung aller völkerverbindenden Tendenzen eine bewußte Verkörperin. Die „Presse“ hat den Vertretungen des gewerkschaftlich und politisch organisierten arbeitenden Volkes Gelegenheit gegeben, die Macht ihrer Presse und die Kraft ihrer Organisationen anschaulich zur Geltung zu bringen. Die „Presse“ ist als bauliche Anlage großzügig. Die „Presse“ bleibt aber maschinentechnisch hinter den Erwartungen zurück, die hinsichtlich der Vorführung auch ausschweifendster technischer Neuerungen vielfach gehegt worden sind. Dieses Ausbleiben wird aber manchemal reale Hintergründe haben: die geschäftliche Kellame hatte zu viel verkündet, die neuen technischen Wunder können das große Kampfenicht einer Spezialweltausstellung noch nicht vertragen. Auch hinsichtlich der von der Ausstellungsleitung vom ersten Ansatze an so betonten neuen Ausstellungsmethoden wird man vielfach nach Qualität und Quantität mehr erwartet haben; zugegeben muß allerdings werden, daß sich gerade dieser mehr geistigen Ausstellung da häufig schier unlösliche Probleme und Schwierigkeiten entgegenstellten.

Der Besuch von Buchdruckerseite her ist erfreulicherweise gut. Die großen Entfernungen und die schmalen Geldbeutel wirken nicht so beeinträchtigend, als wir selbst befürchtet haben. Sogar vom Buchdruckerstande her haben bis jetzt verhältnismäßig viele Kollegen die weite Reise nach Köln unternommen, weil ja auch die ausländischen Buchdruckerorgane lebhaft Propaganda für die „Presse“ entfaltet haben. Wir freuen uns dessen außerordentlich: die Buchdrucker sind sich auch damit ihres Rufes als überall voranstehende Gewerkschaftler und vorwärtsstrebende Arbeiter treu geblieben. Wir können uns darüber wohl noch aus einem andern Grunde freuen: die Verbandsausstellung hat sich als zugkräftige Organisationsverförperung erwiesen.

Wir bringen den Überblick der Literarischen Abteilung der „Presse“ gern. Wir haben aber alle Benennungen der gewesenen und der kommenden Tagungen und Veranstaltungen gestrichen, weil die Literarische Abteilung hier merkwürdig „einseitige Regieremethoden“ verfolgt. Um zwei Beispiele herauszugreifen: Daß der Verein Deutscher Zeitungsverleger eine Tagung in Köln gehabt hat, die sie mit bei den „Veranstaltungen von ganz besonderer Bedeutung“ aufzählt, will uns nicht einleuchten; daß die im September stattfindende Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins mit verbundener internationaler Prinzipalstagung schlankweg als „Buchdruckeritag“ unter den noch kommenden großen Veranstaltungen aufmarschieren, wäre uns nur dann einleuchtend, wenn die Literarische Abteilung auch von den nach Umfang und Häufigkeit größeren Tagungen der Geistes- und der graphischen Arbeiterchaft etwas zu sagen wüßte. Die vielen Kleinen sind natürlich nicht dadurch belanglos, weil sie von Arbeiterseite ausgehen.

Auch hier soll lediglich mit zwei Gegenbeispielen argumentiert werden: Von den über 1900 Anwesenden auf dem Zweiten deutschen Druckeritag, auf dem sogar der Generaldirektor der „Presse“ ein recht beifällig aufgenommenes Referat hielt, ist anscheinend der Literarischen Abteilung nichts bekannt; daß jetzt (11., 12. und 13. August) ein rheinisch-westfälischer Jungbuchdruckeritag in Verbindung mit der „Presse“ stattfindet, der mindestens 1600 Besucher aufweisen wird, scheint ebenfalls der Literarischen Abteilung unbekannt zu sein, obwohl vor Eröffnung der „Presse“ alle auf der „Presse“ selbst oder während der Dauer der „Presse“ in Köln abzuhaltenen Tagungen und Veranstaltungen angegeben werden mußten. Das Außerordentliche gerade dieses Jungbuchdruckeritages, dem dicht vor- und nachher „Presse“-Besuche von Jungbuchdruckerabteilungen auch von weither unter stattlicher Beteiligung gelegen sind, möchten wir aber von uns betonen, weil nämlich unsere Jungbuchdrucker schon in der ersten „Presse“-Hälfte eine relativ günstige Besucherzahl gestellt haben trotz oft weiter Reisen und entsprechender Kosten.

Auch wenn wir hier von allen Tagungen, Veranstaltungen und Besucherzahlen der Buchdruckerbeiterschaft zur „Presse“ nicht ziffernmäßig Erwähnung tun wollen — das in unserer Verbandsausstellung aufstrebende Besuchsbuch wird zu Entzagen wenig benutzt, obwohl unser großer Stand recht guten Besuch aufzuweisen hat —, so kann doch behauptet werden, daß dagegen die Unternehmerseite im Zeitungsverlag, Buchdruckgewerbe usw. nicht an kann. Wenn bei der Literarischen Abteilung nur das gelten sollte, was mehr Glanz und Aufsehen entfaltet, so wäre das ein für die zweite „Presse“-Hälfte noch zu behebender Trugschluß. Eine gute finanzielle Ausstellungsbilanz hängt denn doch von realeren Faktoren ab. Uns ist es gleichgültig, wie die Organisationen auf der andern Seite ihre „Presse“-Tagungen gestalten, wir verlangen nur gleiche Wertung von der Propagandastelle eines Ausstellungsunternehmens, das doch sonst sich an alle wendet.

32. Deutscher Krankentafeltag

Der 32. Deutsche Krankentafeltag, die Hauptversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankentafeln, begann am 5. August im Wesshof in Breslau. Es waren schätzungsweise 2000 Teilnehmer anwesend, unter denen besonders Vertreter der Reichsbehörden, der Landesbehörden, sozialpolitischen Vereinigungen und vor allem der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen auftraten. Auch eine Reihe Vertreter aus dem Ausland waren anwesend. Die Tagung stand unter der Leitung unfers ehemaligen Kollegen, des Stadtrats U h r e n s (Berlin). Nach Begrüßungsworten der Vertreter der gastgebenden Stadt, ergriff Ministerialdirektor Dr. G i e s e r das Wort, um die Tagung zu begrüßen. Ihm schlossen sich der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Schäffer, das Vorstandsmitglied der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Erdmann, und der dritte Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Müller, an. Für das Internationale Arbeitsamt in Genf sprach Dr. Stein (Genf), für die hygienische Sektion des Völkerbundes Professor Ohlson (Genf). Lebhaften Beifall lösten die Ausführungen des Präsidenten Eiders (Wien) aus, der die Größe der Wiener Krankentafeln überbrachte, und der erklärte, daß Österreich nichts schmerzlicher wünsche, als die Erlösung aus seiner unerträglichen Selbständigkeit. Ferner sprach noch für die tschechischen Krankentafeln Dr. Janowitz (Prag).

Den Geschäftsbericht des Verbandes erstattete Geschäftsführer B o h l m a n n (Berlin). Er ging auf die wichtigsten Ereignisse der Krankentafelversicherung im abgelaufenen Jahre ein, wobei er besonders scharf Stellung nahm gegen die weitgehende Zersplitterung der Krankentafelversicherung durch die Gründung immer neuer Innungskrankentafeln. Wir verzichten darauf, nähere Ausführungen über das Referat zu machen. Hingewiesen sei auf das Jahrbuch der Krankentafelversicherung 1927, das alle diese Ergebnisse in ausführlicher Form wiedergibt und im Buchhandel erhältlich ist. Im Anschluß an dieses Referat nahm die Versammlung ein Votum über den Austausch freiwillig versicherter Rassenmitglieder an, das für diese noch große Bedeutung erlangt wird.

Das Hauptreferat des ersten Tages hielt der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Krankentafeln, S e l m u t L e h m a n n (Berlin). Er legte zunächst klar, daß die Krankentafelversicherung bei den Krankentafeln zugenommen habe, damit steigen naturgemäß auch die Ausgaben der Rassen. Eine der wichtigsten Ursachen der Steigerung des sozialen Bedarfs in Deutschland sei die Soziallage der Bevölkerung, die die Versicherten gewissermaßen zwingen, Ansprüche an die Krankentafeln zu stellen, ohne daß nun die Rasse in der Lage wäre, diese Ansprüche zu erfüllen. Ganz neue Krankengruppen hätten sich heute in den Vordergrund des Interesses der Krankentafeln gedrängt, so: Rheuma- und Nervenkrankheiten, Frauen- und Verdauungskrankheiten. Hinzu komme eine Altersverfälschung der Bevölkerung, die ebenfalls belastend auf die Krankentafelversicherung wirkt. In all diesen Dingen etwas zu ändern, sei die Krankentafelversicherung nicht in der Lage. Es sei aber auch unbedenklich, ihr deshalb aus der Steigerung der Kosten einen Vorwurf zu machen. Auch der Hinweis auf andre Länder, z. B. Amerika, sei ganz unbedenklich. Wir wissen, daß hinter der glänzenden Fassade in Amerika sich mindestens ebensoviel Elend verbirgt wie in Deutschland. Trotzdem müssen wir unter diesen Umständen dafür sorgen, daß die Krankentafelversicherung auf den höchstmöglichen Leistungsgrad gebracht wird. Notwendig sei eine Rationalisierung der Krankentafelversicherung. Darunter versteht der Vortragende die Hebung der Gesamtleistungen der Versicherung, die Ersparnis an Stellen, wo die Kosten nicht zweckmäßig angewandt sind und ihre Verwendung an einer Stelle, wo die soziale Notwendigkeit dafür spreche. Notwendig dazu ist zunächst die Beseitigung der Zersplitterung der Krankentafeln. Der Vortragende hofft, daß durch Zusammenfassung in Krankentafelorganisationen, die als Oberstufe die Kräfte der einzelnen Rassen sammeln, dies erreicht werden wird. Abzusehen sei der berufstäbische Gedanke in der Krankentafelversicherung. Daneben muß eine Rationalisierung der Leistungen eingeführt werden. Besonders sind zu verbessern die Leistungen der Wochenhilfe, die eine Vorbedingung für die Schaffung eines gesunden Volkes seien. In Hand fassender Zahlen legte der Vortragende dar, welches Maß von Elend gerade hier zu lindern sei. Unbedingt eingeführt werden muß auch die Familienkassenhilfe als Pflichtleistung der Rassen. Erfreulicherweise sind diese wichtigen Leistungen auf Anregung des Hauptverbandes bei nahezu allen Rassen des Verbandes schon eingeführt.

In der Aussprache sprach Dr. E r d m a n n von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Er stellte eine wesentliche Übereinstimmung der Arbeitgeber mit den Ausführungen Lehmanns fest. Die Begehrlichkeit mancher Versicherter müsse schärfstens bekämpft werden; die dadurch freigewordenen Mittel sind den Versicherern zuzuführen, die besonders ihrer bedürfen. Auch eine Regelung der Arztfrage sei nicht zu umgehen. Die Freiheit des Arztstandes müsse dabei erhalten bleiben. Sie finde einen Ausgleich in einem Ausbau des Vertrauensarzt-Systems. Dagegen müsse er die Gebanten von Lehmann über die Neugorganisation der Krankentafelversicherung ablehnen. Man solle der freien Initiative der Beteiligten Spielraum lassen. Gegen diese Ausführungen wandte sich Herr M a n n vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund. Die Gewerkschaften sorgen schon dafür, daß eine unangebrachte Inanspruchnahme der Rassenmittel durch die Versicherten nicht statt-

finde. Die Krankentafeln müssen die Gesundheitsfürsorge planmäßig ausbauen. Mit den Organisationsvorschlägen von Lehmann könne man einverstanden sein. Der Redner forderte weiter die Aufhebung der Versicherungsgrenze, die Beseitigung sämtlicher Sondertafeln und die Gestaltung der Leistungen nach den Sozialbedürfnissen. Die Krankentafelversicherung solle niemals die Gleichmacherei betreiben. Handelsgerichtsrat U h l i g versprach sich keine merkliche Beteiligung von den gemachten Vorschlägen des Referenten. Das wichtigste sei, die Sondertafeln zu beseitigen. S c h i e f e r (München) hatte wesentliche Bedenken gegen die Ausführungen von Lehmann. Der Redner wünschte besonders eine starke Mitarbeit der Arbeitgeber in den Organen der Krankentafeln.

Im Schlußwort wies geschäftsführender Vorsitzender L e h m a n n darauf hin, daß man von einer Begehrlichkeit der Versicherer nur in dem Sinne sprechen könne, als die Versicherten aus ihrer Not heraus gezwungen seien, Leistungen zu fordern, die die Rassen nicht geben könnten. Dann sprach Professor Dr. S c h a p e r (Berlin) über die Beteiligung der Krankentafeln an der Ernährungsfürsorge. Es sei leider nicht möglich, der arbeitenden Bevölkerung bei der Ernährung, die einer besonderen Diät bedürften, heute im Arbeiterhaushalt die richtige Ernährung zuteil werden zu lassen. Hier eingzugreifen sei eine wichtige Aufgabe der Krankentafeln, weil die genannten Krankheiten sich allmählich zu einer Volkspeise auszuweiten. Wege zu einer Beteiligung der Krankentafeln an der Ernährungsfürsorge sind: a) Anschluß einer ambulanten Diätküche bei jedem Krankenhaus an die schon vorhandene Diätküche für diätbedürftige Krankentafelmitglieder; b) wo möglich, Entwicklung der Kantinen der großen Betriebe dahin, daß eine gewisse Diätküche verabreicht wird; c) Einrichtung von Diätküchen in den einzelnen Stadtvierteln. Dort auch ambulante Beratung der Diätbedürftigen und der Hausfrauen.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrage von Professor Dr. L i e p m a n n (Berlin), dem bekannten Direktor des deutschen Instituts für Frauenteunde. Er sprach über die Bedeutung der Frauenteunde für die Krankentafelversicherung und legte dar, daß die Frauenteunde alles erfassen will, was der Gefunderhaltung der Frauen und Verhütung der gesundheitlichen Gefahren, die die Frauen besonders bedrohen, dienen kann. In diesem Zusammenhang wies der Vortragende darauf hin, daß die Zahlen der Fehlgeburten ungeheuer gestiegen seien, und daß die Fehlgeburten sich immer unter der Frauenwelt wüsten, als z. B. die Tuberkulose oder die Geschlechtskrankheiten. Deshalb müßten die Krankentafeln auf die Frauenteunde besonderes Gewicht legen; sie müßten sich viel intensiver nach als bisher der Bekämpfung der Frauenteunden annehmen. Es sei in diesem Zusammenhang bemerkt, daß das deutsche Institut für Frauenteunde, das unter der Leitung des Vortragenden steht, von den Krankentafeln errichtet ist und von ihnen unterhalten wird.

Das Thema „Fürsorge für gesundheitlich gefährdete Jugendliche“ behandelten Geheimrat Professor Dr. T h i e l e (Dresden) und Geschäftsführer M a c h (Berlin), der Leiter des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände. Beide Vortragende wiesen darauf hin, welchen Gefahren der jugendliche Körper gerade zu einer Zeit ausgefetzt ist, wo die Jugendlichen in das Erwerbsleben eintreten. Kein Bauer sei so dumm, ein junges Füllen zur Arbeit heranzuziehen. Deshalb müsse von Staat und Gesellschaft ein erweiterter Schutz der Jugendlichen verlangt werden. Wenn man berücksichtigt, daß nach einer Statistik der deutschen Jugendverbände von 200 000 Jugendlichen jeder fünfte kein eigenes Bett habe, so werde diese Forderung begrifflich erscheinend. Die Vortragenden sagten ihre Forderungen dahin zusammen, daß die bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Sinne einer Verbesserung und eines Ausbaues des Jugendschutzrechtes (Freizeit usw.) überprüft werden müßten. Es müßten außerdem Einrichtungen geschaffen und Maßnahmen durchgeführt werden, die ein fröhliches, der natürlichen Entwicklung der in das Erwerbsleben und die Arbeit hineinwachsenden Jugend entsprechendes Leben gewährleisten.

Hieran schloß sich eine interessante Diskussion, in der Frau K ä t e B u c h z e r die Bereitwilligkeit des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt betonte, am Jugendschutz mitzuwirken. Herr M a r i a n e t (Wien) schilderte die Erfahrungen der österreichischen Versicherungsämter, die unter hervorragender Mithilfe der österreichischen Krankentafeln ausgezeichnete Erfolge aufweise. Geheimrat R o s e n f e l d (Breslau) verlangte Schutz der Jugend vor dem Alkohol, und Professor Dr. C h a j e s forderte planmäßige Durchuntersuchung aller Jugendlichen, um rechtzeitig eine Berufsumschulung zu ermöglichen.

Professor Dr. W i c h m a n n (Hamburg) und Dr. P r y l l (Berlin) erörterten sodann die Aufgaben der Vertrauensärzte bei den Krankentafeln. Der Vertrauensarzt ist das Bindeglied zwischen Rassenverwaltung und Rassenarzt. Er ist kein Gesundheitsbetrieber, sondern auch als Vertrauensarzt der Kranken und des Kranken der für ihn zweckmäßigsten Behandlung zuzuführen. Professor W i c h m a n n betonte bei dieser Gelegenheit, daß nach seinen Erfahrungen von einer unangebrachten Begehrlichkeit der Versicherer nicht gesprochen werden könne. Im Gegenteil, das Verantwortlichkeitsgefühl der Versicherer gegenüber den Krankentafeln sei erheblich gestiegen.

Der dritte Tag brachte an erster Stelle Referate von Ministerialrat Dr. W a n k e l m u t h und Beigeordnetem Dr. E m e l s o r f vom Deutschen Städtetag über Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger mit den Gemeinden. Beide Redner betonten die Notwendigkeit solcher Arbeits-

gemeinschaften. In einer außerordentlichen Aussprache beteiligten sich unter andern Ministerialdirektor Dr. G r i e s e r vom Reichsarbeitsministerium, Präsident des Reichsversicherungsamtes S c h ä f f e r, Professor Dr. W a d a m vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung und Dr. B ö s c h m a n n von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Vorstand wurde beauftragt, die Angelegenheit weiter zu bearbeiten.

Aber Fortbildungseinrichtungen für Krankentafelangeestellte referierte kurz Geschäftsführer O t t r a f f (Berlin), der ein erfreuliches Bild von den Fortbildungsbestrebungen der Angestellten geben konnte.

Der Rest der Tagung diente innerpolitischen Angelegenheiten des Verbandes. Zum nächsten Tagungsort wurde Nürnberg gewählt.

Korrespondenzen

Chemnitz. (Stereotypen- und Galvano-plastiker.) In der Halbjahrsversammlung unserer Gauvereinigung Erzgebirge-Vogtland am 15. Juli in Annaberg gab der Vorsitzende Kollege N a u m a n n den Halbjahrsbericht. Fünf Kollegen konnten in die Sparte aufgenommen werden, zwei sind abgereist. Der Rassenbericht zeigte ein gutes Bild. Beifällig wurde der Bericht des Kollegen W. S c h w a l b e vom Ersten Deutschen Stereotypenrat in Köln und von der „Presse“ aufgenommen. Einstimmig wurde von der Versammlung beschlossen, den im Jahre 1929 stattfindenden „Saßtag“ der Stereotypen- in Chemnitz abzuhalten. Wie in jeder Versammlung, wurde der Punkt „Technisches“ ausgiebig behandelt. Die übrige Zeit des Tages füllte die Besichtigung der aus dem Jahre 1485 stammenden Hammerschwanzschmiede in Frohnau und ein Besuch des Pöhlberges aus. Ein gemütlicher Abschiedsessen hielt die Kollegen bis zur Abfahrt in die heimatischen Penaten in der „Festhalle“ zusammen.

Danzig. In unserer Versammlung am 17. Juli erstattete Gauvorsitzer Kollege T ö p f e r den Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz in Köln. Er gab in kurzen Umrissen ein Bild über die Verhandlungen, wermies auf den im „Korr.“ bereits erschienenen Bericht und ergänzte die einzelnen Verhandlungspunkte. Redner streifte dann das Tarifgebiet und das Schlichtungsverfahren, kam hierbei nochmals auf die letzten Lohnverhandlungen im Reiche zu sprechen und erörterte die Lehrlingsfrage und Einführung der Lehrlingsordnungen sowie das Kündigungserhältnis der technischen Angestellten. Kollege T ö p f e r sprach dann noch über die Unterführungsfragen und erwähnte hier besonders die Inzidenzuntersuchung. In der sich anschließenden Aussprache sprachen die Kollegen R o s h und H ü b n e r. Während Kollege R o s h sich mit Lohn- und Unterführungsfragen (Angeleichung der Löhne) und Besserstellung der Inzidenz beschäftigte, sprach Kollege H ü b n e r über das Schlichtungsverfahren. Nach geschäftlichen Mitteilungen gedachte Kollege T ö p f e r des aus dem Vorstande auscheidenden langjährigen Kassierers Kollegen Bulla und dankte demselben für die jahrelange und speziell während der Kriegszeit geleistete Arbeit für den Verband. Kollege B u l l a dankte für die ehrenvollen Worte und versprach, weiterhin mit Rat und Tat treu zur Seite zu stehen. Aufgenommen bzw. aus der Lehrlingsabteilung übernommen wurden vier Kollegen. Zwei Kollegen wurde der Ausschluß angedroht, wenn sie nicht innerhalb vier Tagen ihre Kasse begleichen.

Goslar. Inste Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 22. Juli, im „Gewerkschaftshaus“, an der auch Kollegen aus Klaustal und Bodenem teilnahmen, wurde vom Vorsitzenden mit Begrüßungsworten an die Erschienenen eröffnet. Gleichzeitig bedauerte er den geringen Besuch und die Interesselosigkeit, die gerade von den jüngeren Kollegen durch das Verammlichschwänzen an den Tag gelegt wurde. Des weiteren machte der Vorsitzende auf die in diesem Jahre in größerem Rahmen stattfindende Verfassungsfeier aufmerksam und gab dem Wunsch Ausdruck, daß sich die Kollegen recht zahlreich daran beteiligen möchten. Hierauf erstattete unser Bezirksvorsitzer Kollege F r e u t e l (Hildesheim) Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz in Köln. Er gab einleitend einen Überblick über die Sonderausstellung unseres Verbandes auf der „Presse“ und empfahl jedem Kollegen, dem es irgend möglich sei, den Besuch derselben. Als Teilnehmer an der Gauvorsitzerkonferenz war es dem Kollegen Freutel möglich, einen interessanten Bericht über dieselbe zu geben und seine Zuhörer zu fesseln. Dem Vortragenden wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall gezollt. Nach Beendigung des Vortrages ging der Vorsitzende noch auf einige Punkte derselben ein und dankte dem Kollegen Freutel im Namen der Versammlung für seinen vortrefflichen Bericht. Aus der anschließenden Aussprache ging u. a. besonders hervor, daß die Kollegen gern einen erhöhten Beitrag zahlen würden, wenn sie dadurch in den Genuß einer höheren Inzidenzuntersuchung kommen würden.

Köln. Nur noch einige Wochen trennen uns vom 1. Rheinisch-Westfälischen Handsehtag, der am 15. und 16. September am Borort Köln stattfindet. Die Anmeldungen zu demselben liegen schon zahlreich vor, so daß mit einer Teilnehmerzahl von 600 bis 700 Kollegen gerechnet werden kann. Aber nicht allein in den uns angehörenden Vereinigungen, sondern überall regt es sich, um Teilnehmer an demselben zu sein. Mit besonderer Genugtuung muß hier konstatiert werden, daß für unsre Bewegung ein lebhaftes Interesse an den Tag gelegt wird, daß man endlich einseht, daß man die Bewegung der Handsehter nicht mehr mit leeren Worten abtun kann. Welche Mühe und Arbeit es gekostet hat, zu diesem Ziele zu gelangen, kann nur der ermessen, welcher mit dem Gauvorsitzenden in engere Beziehungen getreten ist. Dank der Werbetätigkeit des Gauverbandes ist es uns gelungen, im vergangenen ersten Halbjahr seit Bestehen der Gauvereinigung neue Ortsvereine in Gießen, Bielefeld, Minden, Lemgo, Frier und Guskirchen zu gründen, denen in aller nächster Zeit andre folgen werden, ein Zeichen, daß wir am Marschieren sind. Für die Anerkennung als Sparte auf dem nächsten Verbandstage braucht uns nicht mehr Dinge zu sein, denn die in Köln abgehaltene Gauvorsitzerkonferenz hat den

Weg geebnet, der gegangen werden wird. Also Kollegen, kommt nach Köln zum Rheinisch-Westfälischen Handbinderkongress. Das Referat zu demselben hat der Vorsitzende der geschäftsführenden Leipziger Handbindervereinigung, unser Kollege Wolfram, übernommen. Aber nicht allein der erste Teil soll zu seinem Rechte kommen, sondern auch die rheinische Gemütlichkeit. Am Vorabend, am 15. September, findet ein Begrüßungsabend statt, der Kunde davon geben soll, wie man uns besuchende Kollegen ehrt. Die Vorbereitungen auf hierzu sind in vollem Gange und werden sich den bereits arrangierten Abenden der Maschinen-seher, Drucker usw. würdig an die Seite stellen können. In alle Kollegen ergeht aber heute nochmals die Bitte, ihre Anwesenheit rechtzeitig anzumelden, spätestens aber bis zum 1. September, da es uns sonst nicht mehr möglich ist, für genügende Unterkunft zu sorgen. Auch stehen uns noch einige Privatlogis zur Verfügung, die zu zünftigen Preisen zu haben sind. Anmeldungen uns noch nicht angeflohener Kollegen werden dabei soweit als möglich berücksichtigt; Anfragen wollen man diesbezüglich richten an den Vorsitzenden, Kollegen C. S. Strathmann, Weyerstraße 19, Hinterhaus, oder an den Kassierer, Kollegen Otto Niemann, Siemens-gasse 56, I.

Landau (Pfalz). Der hiesige Ortsverein feierte am Sonntag, dem 22. Juli, sein 50jähriges Bestehen, wozu sich die Kollegen von nah und fern in großer Zahl eingefunden hatten. In erst kollegialer und dankenswerter Weise hatten sich drei Kollegengesangsvereine zur Verfügung gestellt, durch deren wirksam vorgetragene Chöre die Feier eine ganz besondere Note erhielt. In den frühen Vormittagsstunden wurden die auswärtigen Gäste mit Musik am Bahnhof empfangen und zur städtischen Festhalle geleitet, in deren prächtigen Räumen die Veranstaltung stattfand. Die Bühne des Kongresssaales war mit entsprechendem gärtnerischen Schmuck versehen, aus dem das Bild unseres Altmeisters Gutenberg mit den Buchdruckerfarben hervorrang. Um 10½ Uhr wurde die Morgenfeier eingeleitet mit der Ouvertüre zur Oper „Iphigenie in Aulis“ von Gluck, die durch das städtische Orchester vorzüglich wiedergegeben wurde. Es folgte der bekannte Marschliche Chor mit Orchester „Schweig“, einbrudersvoll vorgetragen vom „Gutenberg“ (Ludwigschafen). Ortsvorsitzender Leonhardt begrüßte hierauf die in großer Zahl erschienenen Kollegen und Gäste, ganz besonders den als Festredner genommenen Gauvorsitzer Kollegen Conrad (Mannheim), die Kollegengesangsvereine „Gutenberg“ (Ludwigschafen), „Gutenberg“ (Neustadt) und „Typographia“ (Karlsruhe) und Vertreter der Stadtverwaltung, der Prinzipale sowie diejenigen der Gewerkschaften. Nach dem Männerchor „Empor zum Licht“, vorgetragen vom „Gutenberg“ (Neustadt), folgte die gefühlvolle Festrede unseres Gauvorsitzers, des Kollegen Conrad, der in meisterhafter Weise den Aufbau und Ausbau unserer Organisation vor Augen führte und dabei auch der Verdienste des Jubiläumsvereins gedachte, der schon acht Jahre vor seiner eigentlichen Gründung als Einzelmitgliedchaft des damaligen Bezirks Pfalz starken Anteil nahm an den Vorgängen in der Organisation in jener Zeit und stets mit in vorderer Reihe stand, wenn es galt, für die Ziele unseres Verbandes einzutreten. Weiter gedachte der Redner des Seniors der pfälzischen Buchdrucker und Gründungsmitglied des Jubiläumsvereins, des 79jährigen Jubiläristen Sauer, der heute das letzte Fest der 60jährigen Verbandsgeschichte feiert. Leider war der Jubilar durch Unpäßlichkeit verhindert, an der Feier teilzunehmen. Der Gauvorsitzer überbrachte ihm persönlich die Glückwünsche des Verbands- und Gauvorstandes unter Überreichung eines entsprechenden Scheinens mit beigefügtem Inhalt. Vom Ortsverein wurde der Jubilar mit einem blumengeschmückten Festkaffee bedacht. Der Bezirksvorsitzende Reinwald überreichte eine Flasche vorzüglichen Pfälzerweins und der Vertreter des Ortsvereins Zweibrücken einen prachtvollen Rosenstrauß mit den Buchdruckerfarben. Weiter wurden noch drei Kollegen mit 25jähriger Mitgliedschaft geehrt, denen ebenfalls seitens des Bezirksvorsitzenden je eine Flasche Pfälzerwein gewidmet wurde. Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Festrede folgte der „Garten-Marsch von Petras. Hierauf brachte die „Typographia“ (Karlsruhe) die Festhymne „Gutenberg“ von S. Wagner glänzend zu Gehör, deren Wiedergabe an Chor wie Orchester gleich hohe Anforderungen stellte. Es folgten nun die Gratulationen der verschiedenen Abordnungen. Bezirksvorsitzender Reinwald eröffnete den Reigen und hob besonders das kollegiale Einvernehmen hervor, das stets zwischen den Ortsvereinen Landau und Neustadt bestanden habe. Als äußeres Zeichen der Anerkennung überreichte er einen prächtigen Pokal. Es folgten die Vertreter der Bezirks- bzw. Ortsvereine Dürkheim, Ludwigschafen, Mannheim, Birmens, Kaiserslautern, Zweibrücken, Saarbrücken, Mainz und Karlsruhe, die alle beste Wünsche übermittelten und ihrer Freude über die heutige schöne Feier Ausdruck verliehen. Buchdruckerbesitzer Schmidt gratulierte namens der Prinzipalität. Mit der Phantasio aus der Oper „Troubadour“ fand die schön verlaufene Feier, die bei allen Teilnehmern den nachhaltigsten Eindruck hinterlassen hat, einen würdigen Ausklang. Der Nachmittags war dem Bezirksvorsitzenden ein festliches Gewand. Um 2½ Uhr setzte sich unter Vorantritt einer Musikkapelle ein stattlicher Zug von Märgen der schwarzen Kunst mit Angehörigen in Bewegung und zog durch die Straßen der Stadt nach den gastlichen Räumen der Festhalle. Bezirksvorsitzender Reinwald begrüßte die wieder so zahlreich erschienenen Teilnehmer. Bei Musik- und Gesangsvorträgen sowie Darbietungen des freien Sportartells verging die Zeit rasch, und nur zu bald war die Abschiedsstunde für die meisten der auswärtigen Gäste herangekommen. Im Laufe des Nachmittags trafen noch Telegramme von Grünstadt und Neunkirchen (Saar) ein, Würtlingen (Saar) sandte ein Glückwunschschrreiben, ebenso der Deutsche Buchdrucker-Verein, Bezirk Pfalz. Allen Gratulanten sei an dieser Stelle nochmals gedankt. Ein Ball bildete den Abschluß der harmonisch verlaufenen Feier, bei der wieder so recht der altbewährte Buchdruckergeist und das Solidaritätsgefühl zum Ausdruck gekommen sind. Allen Teilnehmern und Kollegen, die uns in so liebenswürdiger Weise in der Durchführung unserer Veranstaltung unterstützt haben, sei herzlich gedankt. Ebenso sei an dieser

Stelle allen in Betracht kommenden Firmen für das Entgegenkommen bei Herstellung der Druckfähen und Veröffentlichung der Inserate gedankt.
Reine. Am Sonnabend, dem 21. Juli, erstattete unser Bezirksvorsitzer Kollege Reuter (Hildesheim) Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz in Köln. In dieser Versammlung waren außer den hiesigen Kollegen noch zehn Kollegen von Leine und Burgdorf anwesend. Der Vorsitzende Kollege Landgraf mußte zu Beginn der Versammlung sein Bedauern über den schwachen Besuch der Leiner Kollegen aussprechen. In 1½stündigen Ausführungen gab dann Kollege Freutel einen ausführlichen Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz in Köln und der dort gefaßten Beschlüsse. Vor allem führte er den Kollegen nochmals unsere letzten Lohnverhandlungen und den so vorläufig für verbindlich erklärten Schiedsspruch vor Augen. Zum Schluß gab Kollege Freutel noch einen kurzen Überblick über die „Presse“, und legte es den Kollegen nahe, es nicht zu verkümmern die Ausstellung zu besuchen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine interessanten Ausführungen. In der Diskussion kam von allen Rednern der Wunsch über das heutige Schlichtungswesen zum Ausdruck. Dasselbe habe sich als Fessel bei unserer letzten Lohnbewegung erwiesen. Der WGB. müsse seinen Einfluß geltend machen, um eine Änderung des Schlichtungswesens herbeizuführen. Allerdings lieg man dem Schlichtungswesen auch Gerechtigkeit darin widerfahren, daß man anerkenne, daß dasselbe für viele Kategorien der Arbeiterschaft, in welchen der Organisationsgedanke noch nicht so stark Wurzeln geschlagen habe als bei uns Buchdruckern, noch einen großen Vorteil bedeute. In bezug auf die Neugestaltung unseres Unterstufungswesens wurde die Ansicht vertreten, diese Frage in einer der nächsten Versammlungen noch ausgiebig zu erörtern.

Allgemeine Rundschau

Der Verfassungstag der Deutschen Republik. Zwar ist es den Gegnern der republikanischen Staatsform noch einmal gelungen, die Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag zu verhindern; wenn sie aber geglaubt haben, damit dem Gedanken des Verfassungstages zu schaden, dann haben sie sich jedenfalls sehr getäuscht. Die Arbeiterschaft weiß, was ihr der 11. August, als der Tag der Verfassungsgebung in der demokratischen Deutschen Republik, bedeutet. Und gerade in diesem Jahre wird sie das durch die stärkste Anteilnahme an der Verfassungsfeier zum Ausdruck bringen. Wie weit sich der Gedanke des Verfassungstages bereits durchgesetzt hat, beweist neben den im ganzen Reiche stattfindenden Feiern besonders auch die Verfassungsfeier des Reiches, Preußens und der Stadt Berlin. Für diese Feier wird der Reichstag mit den schwarzrotgoldenen Farben feierlichst zugehen. Die Festrede bei dieser Veranstaltung hat Reichsjustizminister A. D. Professor Dr. Radbruch übernommen. Während der Feier wird auf dem Platz der Republik eine Kapelle der Reichswehr konzertieren. Nach Beendigung der Feier wird Reichspräsident v. Hindenburg, der an der Feier teilnimmt, eine Ehrenkompanie der Reichswehr abschreiten. Außer dieser amtlichen Feier veranstalten das Reich, Preußen und die Stadt Berlin eine Abendfeier in der Kroll-Oper am Platz der Republik. Bei dieser Feier wird der Rittliche Chor und das Vereinigte Philharmonisches Sinfonieorchester unter Leitung von Wilhelm Furtwängler den 150. Psalm von Bruckner zur Aufführung bringen. Die Rede bei dieser Feier hat der Berliner Oberbürgermeister Dr. Böhm übernommen. Außerdem wird Professor v. Baughnern seinen für den Verfassungstag komponierten Hymnus dirigieren. Während der Feier in der Kroll-Oper sammeln sich die Reichsbannerkameraden in den einzelnen Bezirken und marschieren mit den Verbänden und Studentenkorporationen zum Lustgarten. Dort wird ein Fackelzug gebildet. In Adlerkolonnen marschieren die Fackelträger — es wird mit über 30 000 Teilnehmern an diesem Zuge gerechnet — zum Volkstedenkmal auf dem Platz der Republik. Dort werden inzwischen die Vertreter des Reichs, Preußens und der Stadt Berlin auf einem eigens für diesen Tag errichteten Podium dem Vorbeimarsch des Fackelzuges beiwohnen. Während dieser Abendfeier werden das Reichstagsgebäude, die Quadriga auf dem Brandenburger Tor sowie die Rathhaus- und Stadthausströme illuminiert. Selbstverständlich werden nicht nur alle Dienstgebäude der Behörden ihre Flaggen legen, auch die Hallanden sollen Festschmuck erhalten. Die Gebäude am Platz der Republik und der Platz selbst werden besonders reichen Flaggen schmuck erhalten. Vor dem Fackelzug werden in allen Verwaltungsbezirken Platzkonzerte veranstaltet, bei denen die Kapellen der Reichswehr, Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Berliner Berufsfeuerwehr, Straßenbahner, Mloog und des Reichsbanners konzertieren. In den Vormittagsstunden veranstalten die Schulen bezirksweise Verfassungsfeiern mit turnerischen und sportlichen Wettbewerben. Der Berliner Magistrat wird an die kirchlichen Körperchaften das Ersuchen richten, am Verfassungstage die kirchlichen Gebäude zu flaggen und zu bestimmten Zeiten die Glocken läuten zu lassen. In den Nachmittagsstunden wird ein Gewand von 30 Flugzeugen aufsteigen. Außer diesen offiziellen Feiern werden noch eine ganze Reihe Rundgebungen von den republikanischen Verbänden veranstaltet. — Der 11. August ist der höchste Feiertag für jeden Deutschen, der die Freiheit liebt.

Ein hochwertiges Hilfsbuch für Drucker. Die Herausgabe des „Sachtechnischen Taschenlexikons“ von Prof. Niel (Wien) hat sich durch seine gute Aufnahme bei unsrer Kollegenchaft als ein Bedürfnis erwiesen. Das hat den Verfasser ermuntert, nun auch ein „Drucktechnisches Taschenlexikon“ herauszugeben, mit dessen Erscheinen spätestens im Oktober gerechnet werden kann. Das Buch ist von dem Herausgeber gemeinsam mit seinem Sohn, dem Obermaschinenmeister Max Niel, bearbeitet, birgt also für eine sachkundige Leistung und dürfte deshalb dieselbe freudige Aufnahme finden, wie das ersterste Lexikon. —
Den Bräutigam angezündet. In Berlin spielte sich kürzlich ein aufregender Vorfall ab. Nach einem heftigen Streit warf die 31 Jahre alte Anna Feuerhahn ihrem Verlobten, dem 23jährigen Schriftsetzer Albert Engelhardt, einen brennenden Spirituskocher an den Kopf, wodurch dessen Kleider in Brand gerieten. Engelhardt erlitt so schwere Ver-

letzungen, daß er in bewußungslosen Zustand nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht wurde, wo er bald verstarb. Anna Feuerhahn wurde von der Polizei in Haft genommen. Zwischen dem Paar war es schon vorher öfters zu heftigen Aufritten gekommen. In dem betreffenden Abend gegen 8 Uhr hörten wiederum die Hausbewohner laute Beschimpfungen und kurze Zeit darauf entsetzliche Hilferufe. Als sie schnell herbeieilten, sahen sie den Schriftsetzer mit brennenden Kleidern mitten im Zimmer auf dem Fußboden liegen. Er warf sich hin und her und versuchte die Flammen zu erlöchen, was ihm aber nicht gelang. Schließlich verlor er die Besinnung. Erst nach einiger Zeit wurde das Feuer mit Hilfe von nassen Tüchern gelöscht. Feuerwehr und Rettungssamt, die inzwischen alarmiert worden waren, bemühten sich um Engelhardt, der lebensgefährliche Brandwunden erlitten hatte. Währenddessen lag Anna Feuerhahn teilnahmslos in einer Ecke des Zimmers.

Die Unzulänglichkeit der Hausdruckereien. In England mehrten sich die Fälle, daß große Industrie- und Handelsunternehmen ihre Hausdruckereien als unwirtschaftlich aufließen. Den Anfang machten die „Army and Navy Stores“, ihnen folgte die „William Whiteley Ltd.“ und die „Liptons Ltd.“ Auf der Generalversammlung der „William Whiteley Ltd.“ begründete J. Gordon Selridge die Abschaffung der Hausdruckerei mit den folgenden bemerkenswerten Ausführungen: „Die Betriebe, die sich für das Unternehmen als unwirtschaftlich erwiesen haben, sind geschlossen worden, und die Druckerei, die die faulste Stelle an der ganzen Organisation war, und deren Leitung wir am meisten für kritischerwert halten, ist mit großem Verlust abgepflogen worden. Kein Unternehmen dieser Art kann in vernünftiger Weise eine Druckerei betreiben, selbst wenn sie intelligent und gewissenhaft geleitet wird; wird sie so geleitet, wie es bei uns war, so wird sie zu einem beständigen und unheiligen Verlustfaktor.“ Wir lassen es dahingestellt, ob die Behauptung von der Unrentabilität der Hausdruckereien im allgemeinen zutreffend ist. Auf jeden Fall aber hat das Buchdruckgewerbe diese Entwicklung nicht zu bedauern.

Der Wert des Inferierens. Ein New Yorker Bankier hat dieser Tage auf dem Kongress der „International Advertising Association“ zu Detroit mitgeteilt, daß die amerikanischen Kaufleute und Fabrikanten im verflochtenen Jahre für Inserate und Anzeigen beinahe sieben Milliarden Goldmark ausgegeben hätten. Die größere Hälfte des Gesamtbetrages wurde für Inserate in den Tageszeitungen ausgegeben, und die Anzeigen in den Zeitschriften machten beinahe eine Milliarde aus. Als Beweis für die Wirkung des Inferierens führte der Bankier an, daß ein Unternehmen, das sich dieser Propaganda fleißig bediene, innerhalb von acht Jahren seinen Umsatz um 300 Proz. vermehrt hätte und zudem auch in andere wäre, den Preis seiner Erzeugnisse zu verringern, daß ein andres Unternehmen es fertig brachte, mit Hilfe zweckmäßiger Propaganda seine Aufkosten um 80 Proz. zu vermindern und daß schließlich der Propagandafeldzug „Sagt es mit Blumen“, der von 4500 Blumengeschäften unterstützt wird, den Verkauf von Schnittblumen in sieben Jahren um 400 Proz. hat steigen lassen.

Eine Drohung der Buchbindermeister. In Nr. 21 des „Journal für Buchbinder“ (Leipzig) klagte ein Buchbindermeister, daß die Buchdruckereien durch Einrichtung eigener Buchbinderabteilungen, Anschaffung von Falz- und Sehmäschinen usw. dem Buchbindermeister schweren Abbruch tun, ja seine Existenzfähigkeit untergraben. In späteren Nummern jener Zeitschrift werden die Klagen unterstrichen, aber in Nr. 26 weiß ein Kleinmeister aus dem Braunschweigischen „Nacht, wie dem Abel zu feuern sei.“ Wir Buchbinder können uns nur durch Gegenmaßnahmen helfen, indem wir uns nach Möglichkeit ebenfalls eine Buchbinderabteilung zulegen. Dann haben wir für die uns entzogenen Buchbinderarbeiten eine gewisse Entschädigung insofern, daß wir eben Buchdruckerarbeiten mit anfertigen. Dies dürfte auch ein sehr guter Nebenverdienst sein.“ Der biedere Schwager führt in seinen weiteren Ausführungen mehrere Beispiele an, wo die Buchbinderarbeiten aus der Buchdruckerei mangel- und pfuschhaft ausgeführt worden seien. Sämt der Güte die Kunst des Sehens und Druckens für so leicht erlernbar, daß man nicht, sobald er sich als Buchdrucker zu betätigen unternimmt, seinen Druckversuchen das Präbikat „Puscherei“ beilegen würde?

Kulturpolitische Arbeitswoche. Im Interesse der Vereinheitlichung und Vertiefung des Arbeiterbildungswesens hat der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit den Versuch unternommen, die leitenden Funktionäre aus dem ganzen Reiche zu einer kulturpolitischen Arbeitswoche zusammenzuführen, um in eingehender Weise die wichtigsten theoretischen und praktischen Fragen der sozialistischen Kulturarbeit zu erörtern. Diese Arbeitswoche, die vom 8. bis 14. Juli im „Haus des Volkes“ in Probsthella abgehalten wurde, wies einen ungewöhnlich starken Besuch auf. Es waren aus allen Bezirken des Reiches etwa hundert Personen erschienen, und zwar neben den Leitern der Bildungsarbeit in den einzelnen Bezirken die Wanderlehrer des Reichsausschusses, Lehrer an Arbeiterhochschulen, Leiter von Arbeiterbüchereien und Buchhandlungen, Jugendsekretäre, Vertreter befreundeter Organisationen und Vertreter aus dem Ausland. In intensiver Zusammenarbeit wurden während der ganzen Woche die Fragen durchgesprochen, die vorher schon in Form von Leitfäden den Teilnehmern zugänglich gemacht worden waren. In erster Linie wurde der Stand des Arbeiterbildungswesens erörtert. Nach zwei sachkundigen Referaten wurden die Aufgaben umrissen, die sich sowohl in organisatorischer Beziehung wie im Hinblick auf die prinzipielle Zielsetzung und Form der sozialistischen Bildungsarbeit aus dem gegenwärtigen Stand der Bewegung ergeben. Auch die Behandlung der Jugendbewegung war von großem Nutzen. Insbesondere galt es hier, der organisatorischen Zersplittertheit zu steuern und abzuhelfen. In die Behandlung praktischer Fragen wurden das Verlags- und Buchhandlungswesen, das Bildereiwesen und insbesondere die Arbeiterkultur einbezogen. Bei dem letzten Thema wurden in eingehender Weise die Mittel und Wege erörtert, durch die den proletarischen Kisten eine stärkere kulturelle Note verliehen werden könne. Auch der Bedeutung der neuen technischen Errungenschaften, Lichtbild, Film und Radio, wurde Aufmerksamkeit zugewendet und Einmütigkeit darüber erzielt, daß es notwendig sei,

dieselben mehr als bisher in den Dienst der proletarischen Bildungsarbeit zu stellen. Da die Veranftaltung von einer großen Anzahl Jugend- und Bildungsetretären besucht war, ist zu hoffen, daß sie für die Zukunft günstige Auswirkungen auf die proletarische Bildungsarbeit haben wird.

Befolgung der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten in Rußland. Die Sowjetpresse schlägt großen Alarm über die Zunahme der Befolgung der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten. Nach den Angaben des Bauernblattes "Bednota" waren allein in der RSFSR im Jahre 1927 10 Ermordungen von Arbeiter- und Dorfkorrespondenten, 26 Mordversuche, 88 Fälle von Mißhandlungen, 10 Brandstiftungen bei den Korrespondenten und 85 Fälle von gewaltsamer Entlassung wegen der Berichterstattung an die Blätter zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1928 haben sich die Fälle von Verfolgungen um über 50 Proz. im Vergleich zum Vorjahre erhöht. Die "Pravda" stellt fest, daß diese Verfolgungen in den letzten Monaten einen noch nie dagewesenen erbitterten Charakter tragen und ausgesprochen politischer Natur sind. Vor allem hätten die Ermordungen von Dorfkorrespondenten in erschreckender Weise zugenommen. Die Großbauern, die sogenannten Kulaken, üben, wie die "Pravda" schreibt, "Kaffienbrände" gegen die Dorfkorrespondenten. Der letzte Fall dieser Art ist die Ermordung des Dorfkorrespondenten Wassiljtschenko in Trojak (Uralgebiet). Wassiljtschenko war einer der aktivsten Führer der armeren Bauernschaft. Durch geborgene Mörder wurden ihm 30 Messerstücke beigebracht. Wie groß die Erbitterung der Kulaken gegen die Dorfkorrespondenten ist, kann man daraus ermessen, daß Wassiljtschenko, nachdem er bereit ist war, von den Mördern durch zahllose weitere Messerstücke völlig entsetzt wurde. Mit besonderer Begierde zeichnet aber die Sowjetpresse das Wiederauftreten der Mordwelle gegen die Arbeiterkorrespondenten. Aus Zentralrußland, dem Dongebiet, Transkaukasien, Rußisch-Mittelasien und anstreifenden andern Gebieten treffen immer neue Meldungen über Ermordungen von Arbeiterkorrespondenten ein. Daneben werden Arbeiterkorrespondenten in den Betrieben durch die Betriebsinspektoren in jeder Weise schikaniert. Fälle von jenseitigen Entlassungen von Arbeiterkorrespondenten, die über Mißstände in ihren Betrieben berichtet hätten, sind an der Tagesordnung. Wieselbach wird den mißliebigen Arbeiterkorrespondenten neue, ihnen bisher völlig fremde Arbeit zugewiesen, um sie hierdurch vor den Augen der Arbeiter zu diskreditieren und einen Vorwand zur Entlassung zu haben. Diese Schikanen haben bereits aufreißende Selbstmorde von Arbeiterkorrespondenten hervorgerufen. Die Blätter erklären übereinstimmend, daß weder die Behörden noch die Partei- und Gewerkschaftsorgane in den meisten Fällen irgend etwas gegen die Verfolgungen von Arbeiter- und Dorfkorrespondenten unternahmen. Bisher seien in 70 Proz. der Fälle von Verfolgungen die Gerichte zu einer Einstellung des Verfahrens gegen die Schuldigen gelangt. Die "Pravda" verlangt, daß nunmehr endlich scharf durchgegriffen werde. Die kommenden Prozesse wegen Ermordungen und Verfolgungen der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten sollen als sogenannte "Wasserprozesse" aufgezogen werden.

Das Wahlsprogramm der Britischen Arbeiterpartei. Von der Britischen Arbeiterpartei wurde ein Programmentwurf veröffentlicht, der nach Genehmigung durch den im September dieses Jahres in Birmingham stattfindenden Kongress als das Wahlsprogramm der Bewegung gelten wird. Der Entwurf enthält eine Reihe von Forderungen, die sich denen angeschlossen, welche die internationale Gewerkschaftsbewegung sich zur Devisse gemacht hat. Auf dem Gebiete der "industriellen Gesetzgebung" fordert er: Wieder-

rufung des Gewerkschaftsgesetzes und Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte, Einführung einer 48-Stunden-Woche durch Ratifizierung des Achttundentagsabkommens sowie Verbesserung und Ausbau der Fabrikgesetze, der Beschäftigung über die Vergütungsvorschriften und der sonstigen industriellen Gesetzgebung. Hinsichtlich des Problems "Arbeitslosigkeit" wird u. a. gefordert: Schaffung einer gleichmäßigen Versorgung für beschäftigungslose Arbeiter unter Aufsicht einer staatlichen Behörde, Zurückziehung der Kinder unter 15 Jahren vom Arbeitsmarkt mit der nötigen Vorbeuge für Unterhaltsvermittlung, Wiedereinstellung des Achttundentagsbeschlusses in der Rohindustrie. Zu dem Kapitel "Entwicklung von Industrie und Handel" wird die Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates zur Beratung der Regierung hinsichtlich der Wirtschaftspolitik und eines Landes-Wirtschafts- und Arbeitsamtes gefordert, um Pläne für den Ausbau der Wirtschaftskräfte des Landes vorzubereiten. Weiter: Umwandlung des Bergbaues, der Verkehrsmittel, der Energiewirtschaft und der Lebensversicherungsunternehmungen in öffentliches Eigentum (Sozialisierung), strengere Kontrolle über Banken und Kreditwesen und deren bessere Anpassung an die Bedürfnisse der Industrie, Ausgestaltung der Wirtschaftsabteilung des Werkbundes. Auf internationalen Gebiet fordert die Arbeiterpartei sich weiter zum Ziel: Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie sie durch die Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 empfohlen wurde sowie innige Zusammenarbeit mit dem internationalen Arbeitsamt.

Briefkasten

W. K. in B.: Liebt sich erst nach Mühlbach des Kollagen zu, aus dem Jochen erlebten, Grah - W. K. in B.: Wenn dem, das die Indifferenz auch nicht anstellt, so wird doch sehr das freundliche Bemitteln anerkannt. W. K. in E.: Artikel findet denmal den Artikel. Die ungeschickte Auffassung ist uns erwünscht. Grah - E. G. in Berlin: In wie langer Zeit wird der Artikel erscheinen. Dr. J. in B.: Anwendung konnte nicht mehr vorgenommen werden. Nummer wurde schon gedruckt. W. K. in B.: In Nr. 311: 5.25 M. G. K. in B.: In Nr. 318: 5.25 M. - E. G. in B.: In Nr. 311: 4.45 M.

Zu der Wählerbewegung von Delegierten und früheren als der Bundbewegung 1848 und 1866 sind bis jetzt schon Verordnungen und Erhebungen zu verzeichnen, die bei allseitiger Zustimmung der in Nr. 63 aufgeführten 41 Dörfer noch ein nach Sachlage bedingendes Gewicht erhellen lassen. Auch die Hinweise in den Nummern 60 und 63 an dieser Stelle empfielen sich nochmaliger Beachtung. Wie sich bereits herausgestellt hat, wurden sich bei dieser Sammlung in besonderen Fällen noch Anfragen von Drang und Antworten von mir notwendig. Daraus geht hervor, daß von lehreren nicht fällig abendert wird, welche mit, daß ich fernbleibe, erst wieder in der ersten Septemberwoche antworten kann. W. K. in B.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Fernruf: im Bergmannstr. 1101, 344 bis 345. Hauptkonto: Bank der Arbeiter- und Bauernvereine, Berlin SW 61, Dreißendstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1039 87 (B. Schwenke).

Wahlsachen. In der Zeit vom 18. August bis inklusive 1. September hielt das Wahlbüro in den beiden Hauptbüros telefonisch und ist nun geschlossen von bis 7 Uhr nachmittags und zwar täglich; nur Sonnabends sind die Bureaufunden vormittags von 9 bis 2 Uhr. Die Verwalter der unmittelbaren Wahlstellen werden bitte die richtigen Kollegen auf die Zeit aufmerksam machen. Für den Fall der Max A. a. e. l. am Vorkonferenzabend liegt ein Brief am Orte.

Wahlbüros. A. B. Der Drucker Hans W. in R. (Gauptbuchnummer 130 780), wohnt in Speier in Roddillon, wird hierin mitgeteilt, daß er im Auftrag des Wahlbüros in Roddillon die Verbindung zu setzen, andernfalls der Aufsicht bedürftig wird.

Adressenveränderungen

H. B. in B.: Die Adressen: C. Schumann; Alte Mühlbacher Straße 4.

Heife- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung, Bericht vom Monat Juni 1928. Auf der Heife 644 Mitglieder. Die Unterstützungen betrugen 2479 Mitglieder. An Unterstützungstagen wurden gezahlt

Table with 5 columns: Beschäftigungsart, in der Heifeunterstützung (Mitgl., Tage), in der Ortsunterstützung (Mitgl., Tage), Unterst.ungstages insgesamt. Rows include Seher, Maschinenf. (41, 11, 41, 550, 570), Drucker (103, 3996, 619, 11388, 15334), etc.

Im Unterstützungsbezuge verblieben am 30. Juni 1928: 1679 Mitglieder. Unterstützungstage im Juni 1927: 31230. Daher mehr Unterstützungstage im Juni 1928: 25017.

Unterstützung wurde gezahlt: in der Heifeunterstützung: 23625,82 M.; in der Ortsunterstützung: 63273,50 M.; zusammen: 86899,32 M.

Arbeitslosenunterstützungstage wurden gezahlt: im zweiten Quartale 1927: 83858 Tage; im zweiten Quartale 1928: 137425 Tage; mehr im zweiten Quartal 1928: 48567 Tage.

H. B. in B.: Die Kollagen Paul Stalder am Sonntag, dem 19. August, um 11 Uhr, in der Hofstraße 11, im Restaurant "Königsplatz".

H. B. in B.: Die Kollagen Paul Stalder am Sonntag, dem 19. August, um 11 Uhr, in der Hofstraße 11, im Restaurant "Königsplatz".

Berichtungs-Kalender

Berlin. Drucker-Versammlung am Donnerstag, dem 10. August, abends 7 Uhr, im Berliner Rindhaus. V. A. in B.: Die Kollagen Paul Stalder am Sonntag, dem 19. August, um 11 Uhr, in der Hofstraße 11, im Restaurant "Königsplatz".

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellen-gesuche- und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Berufst. (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art.

Anzeigen

Annahmeschluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst-erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den "Korrespondent" 268 10. Liste nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10.

Leipziger Maschinenfabrik-Bereinigung Sonntag, den 19. August, vormittags 10 Uhr, im "Volksheim", Gartenfest.

Berksammling Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Berichte von Maschinenvereinstellen und von der "Press" in Köln. 3. Vereinstellen. Recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung ermannt. Der Vorstand.

Höhere Fachschule für das graphische Gewerbe an der Hauptwerk- und Kunstgewerkschaft zu Bremen. Viermonatliche feste Lehrgänge für Satz und Buchdruck, Stein- und Offsetdruck, Chemigraphie, Photooffsetdruck; Lehrgänge für Buchdruckgraphik. Modernster eingerichteter Lehrsaal.

Kleiffertopf verzinnt, zum Schutz des Verkorrens des Zurlinckleiffers. Durch Fingerring auf einen Kolben tritt der Kleiffertopf aus einer kleinen Öffnung heraus und bleibt bis zu letzter Reif gebrauchsfähig. Preis Kml. 3.50 pro Stck. Verlag H. Siegl, München, Columadstraße 1.

Junger, tüchtiger Linothetiker gewöhnlicher, korrekter Werkf. für unsere Handdrucker zum Sehen von Schriftproben, gef. 24 Wohnungsmangel besche, wollen sich nur solche Stellen machen. 1312 Bewegungen mit Lichtbild, Zeugnisabschriften, Lebenslauf und Lohnansprüchen erbittet die Schriftf. H. C. Stempel A. G., Frankfurt a. M., S. 10.

Maschinenmeister für feine Illustrationen und Mehrfarbendruck, der flott und sauber arbeitet, in angenehme Dauerstellung möglichst hoch gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Druckwünschen, Lohnansprüchen und Angabe des Eintritts erbittet Donatus Weber, Pforsheim (Baden).

Schriftf. für wissenschaftlichen Werkfab nach baltigen Kontin gefucht. Angebote mit Zufuhrordnung erbittet Walter de Gruyter & Co., Trebbin (Kreis Cottbus).

Altidenzf. erster, neuzeitlich arbeitend, für 1. Oktober gesucht. Bei guten Leistungen Dauerstellung. Angebote mit Zeugnisabschriften und Arbeitswünschen erbittet H. Reiff & Co., Buchdruckerei, Offenbürg i. Od.

Typographf. mit mehrjähriger Praxis und guten Sachtstellungen erb. angenehme Dauerstellung, Besuche mit Angabe der Lohnansprüche an Freyhof & Buchdruckerei, Hauen bei Berlin.

Jung., flott. Drucker 19 1/2 Jahre alt, sucht für sofort Stellung, Geb. bis zu allen vorh. Anz. an Ziegel, Hebelberg, Schnellp., auch mit Apparat von Klein & Langerer bestens vers. Offerten unter Nr. 321 an die Geschäftsstelle des "Kor".

Maschinenm. J. Dauterf. Frau a. Tieg, Schilpe i. N. Ostpr., K. Luz, Köln, Schlobosg. 66.

Der Schriftf. Willi Adam geboren am 18. Juli 1906, wird dringend gesucht für einen wichtigen Sache sofort bei seinen Eltern einzufinden. Die besten Funktionen werden gegeben, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Über 1000 graphische Fachzeitschriften aus allen fünf Erdteilen habe ich bereits zusammen und trotzdem fehlen mir noch viele, die schon längere ihr Erscheinen eingestellt haben. Wer noch alte Fachblätter besitzt und mich abtreten will, wird um freundliche Mitteilung gebeten. Franz Weßly, Wien II., Kleine Wagramstraße 12.

Billige böhm. Beifedern nur reine, gut-schließende Sorten. Geb. 40 bis 100 Stück, geb. 20 bis 30 Stück, geb. 10 bis 20 Stück, geb. 5 bis 10 Stück, geb. 2 bis 5 Stück. Geb. 10 bis 20 Stück, geb. 5 bis 10 Stück, geb. 2 bis 5 Stück. Geb. 10 bis 20 Stück, geb. 5 bis 10 Stück, geb. 2 bis 5 Stück.

MUSIK Instrumente für Orchester, Schule und Haus. Verkatalogen werden gestattet. Verlangen Sie Katalog. MAX DORFEL Klingenthal in Sachsen. Nr. 308.

Blasebälge Verlag des Bildungsverbandes der D. B., OmbS, Berlin SW 61.

Drei Hilfsbücher für Maschinenf. Monotyp 5 M. (Porto 40 Pf.). Monotyp 5 M. (Porto 40 Pf.). Typographie 3,50 M. (Porto 30 Pf.). Verlag des Bildungsverbandes der D. B., Berlin SW 61, Dreißendstr. 5.

Werkzeugkasten für Ton-plattenschnitt in Mel-, Mäse-, Holz- und Metall, alle Werkzeuge das für empfehl. Sieg., München, Kolonnenstraße 1.

Postkarten vom Verbandsbüro 20 Stück 50 Pf. (Porto 10 Pf.). Verlag des Bildungsverbandes der D. B., Berlin SW 61, Dreißendstr. 5.

Freie Gedanken 4 M. und 5 M. (Porto 40 Pf.). Verlag des Bildungsverbandes der D. B., OmbS, Berlin SW 61.

Am 20. Juli verstarb gang plötzlich im Ungens-schwalbach, wo er sich einige Stunden der Gehrung, im Balm, in der Nähe unserer lieber Kollege, der Seher. 316

H. B. in B.: Die Kollagen Paul Stalder am Sonntag, dem 19. August, um 11 Uhr, in der Hofstraße 11, im Restaurant "Königsplatz".

Am 2. August verstarb nach langem, schmerem Leiden unserer lieber Kollege, der Stereotypf. Heinrich Lehnerl aus Recklinghausen, im 30. Lebensjahre. [318 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren. O. D. Recklinghausen, S. v. Bochum.

Am 28. Juli wurde uns unser lieber Kollege, der Seher. 315

Am 28. Juli wurde uns unser lieber Kollege, der Seher. 317

Am 28. Juli verstarb gang plötzlich im Ungens-schwalbach, wo er sich einige Stunden der Gehrung, im Balm, in der Nähe unserer lieber Kollege, der Seher. 316

Am 3. August verstarb nach schwerem Leiden unserer lieber Kollege, der Korrektor Paul Ante [308 Der Verstorbene war immer ein aufrichtiger Kollege, dem bei allen, die ihn kannten, ein treues Andenken feierstet geblieben ist. Sein Besten bei Dr. P. Heber, Berlin.

Am 1. August verstarb nach längerem, schmerem Leiden unserer lieber Kollege, der Korrektor Friedrich Wäner aus München, im Alter von 61 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm O. v. Donauwestb., Dillingen, Bayerfcher Korrektorenverein.

Am 28. Juli verstarb unser lieber Kollege, der Maschinenf. Julius Lindner im 61. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Maschinenf. verein in Gau-Draden.